

## **Die politisch-demokratische Dimension der Solidarwirtschaft in Luxemburg.**

Es ist wirklich zum verzweifeln. Da haben wir mit dem beigeordneten Minister für Solidarwirtschaft, Romain Schneider, und dem Minister für Arbeit und Beschäftigung, Nicolas Schmit, zwei sozialistische Minister in Luxemburg die Hand in Hand zusammenarbeiten könnten um der Solidarwirtschaft hier in Luxemburg eine Stimme zu geben.

Nur, solange beide Minister Schwierigkeiten haben anzuerkennen dass die Solidarwirtschaft ein politisch relevantes Konzept darstellt, solange wird in Luxemburg eine Weiterentwicklung einer innovativen Gesellschaftspolitik und den dazugehörigen konkreten Projekten zu einem alternativem Wirtschaften nicht möglich sein. Die europäische neoliberale Austeritätspolitik wird schlussendlich auch hier, ungewollt, von den oben genannten sozialistischen Kräften als die einzig mögliche politische Perspektive weiterhin gestützt werden.

Gut und richtig hört sich natürlich der Forum-Beitrag von Minister Nicolas Schmit im Tageblatt vom 4 Mai an, indem er genau diese Austeritätspolitik als menschenverachtende Politik geißelt und hierfür richtigerweise die technokratischen Mechanismen denen sich die Politik ergeben hat dafür verantwortlich macht.

Der Minister für Arbeit und Beschäftigung, sowie der beigeordnete Minister für Solidarwirtschaft aber haben sich in den drei Jahren ihres Wirkens auf ihren jeweiligen Posten eben dieser, von ihnen an den Pranger gestellten, technokratischen Vorgehensweise zur Verwaltung, und nicht der Förderung, der Solidarwirtschaft sowie der Beschäftigungspolitik bedient.

Das Netzwerk OPE verzeichnet dies indem festgestellt wird dass der administrative Verwaltungsaufwand sich vervielfacht hat und Kontrollen der Kontrollen der bestehenden Kontrollen uns die nötige Zeit nehmen um unsere eigentliche Arbeit zu verrichten. Es sind dies Methoden die genau da von seinem Ministerium abgekupfert werden wo Nicolas Schmit seine Kritik anbringt. Nämlich in der europäischen Technokratisierung von Prozessen aller Art. Es ist ausserdem müßig darüber zu lamentieren dass mit diesen Methoden jegliche Form des Vertrauens verlorenght und eine gute Zusammenarbeit unerhöht erschwert wird. Genau dasselbe gilt auch für den beigeordneten Minister für Solidarwirtschaft, Romain Schneider, der das wenige Geld das er zur Verfügung hat lieber in rein betriebswirtschaftlich und technokratisch orientierte Anbieter steckt die den seit über zwanzig Jahren aktiven Solidarwirtschaftlern mal erklären sollen was Solidarwirtschaft ist und diese dann auch noch marktkonform reorganisieren sollen.

Die einzigen die denn auch wirklich an den öffentlichen Geldern richtig gut verdienen sind, wie gehabt, hierzulande auch, Auditgesellschaften und andere alles besserwissende Beratungsagenturen.

In besagtem Artikel wird auch darauf hingewiesen dass die Macht der Märkte die Politik beherrscht und der Hoffnungsträger für eine neue europäische Politik der sozialen Gerechtigkeit, Hollande, schnell wieder gezähmt werden soll. Doch, Europa müsse demokratischer werden, aber es sei

« *heute ideologisierten Technokraten und Politikern ausgeliefert* », heisst es weiter in diesem Artikel. Genau das meinen wir auch, wenn wir die luxemburgische Politik in Bezug auf die politisch, demokratische Dimension der Solidarwirtschaft prüfen und wir würden hier gerne das Programm von eben François Hollande anführen, welches wir als politisches und nicht technokratisches Programm verstehen und welches auch der Luxemburger Politik als demokratische, meinungsbildende Diskussionsgrundlage dienen müsste :

François Hollande a présenté les 10 mesures qu'il propose pour soutenir le développement de l'Economie Sociale et Solidaire :

1. Faire voter une loi de programmation de l'Economie Sociale et Solidaire pour accompagner de manière durable le développement de l'ESS en réelle concertation avec les acteurs du secteur.
2. Réserver une part de l'accès aux marchés publics locaux aux entreprises de l'Economie Sociale et Solidaire.
3. Rétablir une partie des financements associatifs supprimés sans concertation et établir avec les associations une véritable contractualisation en consolidant les financements (pluriannuels), en respectant leur capacité d'initiative.
4. Réserver à l'ESS une partie des fonds de la future Banque Publique d'Investissement à hauteur de 500 millions d'euros.
5. Aider au développement de l'entrepreneuriat social.
6. Faciliter la transmission ou la reprise d'entreprises par les salariés, en instituant un droit de préférence de rachat, à égalité d'offre, au bénéfice des salariés.
7. Réhabiliter les contrats aidés et accompagner le développement de l'insertion par l'activité économique en révisant les conditions du financement des postes d'insertion.
8. Elargir le financement de l'innovation à l'innovation sociale.
9. Ouvrir l'économie sociale et solidaire aux jeunes notamment par la voie des emplois d'avenir, par le soutien aux Coopérative d'Activité et d'Emploi et par une politique partenariale de formation avec les associations d'éducation populaire.
10. Assurer la représentation des employeurs de l'économie sociale dans le dialogue social.

Ainsi veut-il établir un véritable partenariat Etat – collectivités locales – Economie Sociale et Solidaire qui passe également par un dialogue civil permanent avec les corps intermédiaires.

Wir sind zudem auch der festen Meinung dass es noch nicht zu spät ist « *das Ruder herumzureissen, der Demokratie eine neue Chance zu geben und den marktuntergebenen konservativen Kräften, welche die Machtlosigkeit der Politik besiegeln eine Lektion zu erteilen* ». Nur müssten wir dann als fortschrittliche Kräfte zusammen den Mut aufbringen erstens, die übermässige Kontrolle und Technokratisierung durch gegenseitiges Vertauen zu ersetzen und zweitens, ein Konzept wie das der Solidarwirtschaft nicht auf seine Reparaturfunktion gescheiterter Austeritätspolitik reduzieren, sondern, es auf der Ebene des demokratischen Fortschritts behandeln und umsetzen.